Transfertagung 18.6.07, Leipzig
Produktionsorientiertes Lernen für benachteiligte Jugendliche

Vortrag Dr. Frank Braun/Dr. Tilly Lex, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Zwischen Betriebswirtschaft und Pädagogik: Produktionsorientiertes Lernen in der Förderung bildungsbenachteiligter Jugendlicher

Vorbemerkung

Thema unserer Tagung ist das Lernen durch produktive Arbeit in Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen. Dafür ist in den Diskussionen der letzten Jahre häufig die Bezeichnung „Produktionsschule“ zum Synonym geworden. Wir haben uns für ein breiteres Verständnis von produktionsorientiertem Lernen und eine vielfältigere Begrifflichkeit entschieden. Wir sprechen von Schülerfirmen, der betriebsförmigen Organisation von Berufsvorbereitung, von der Ausbildung in Jugendhilfebetrieben und natürlich auch von Produktionsschulen. Es geht uns nicht darum, unterschiedliche Konzepte in Schachteln zu sortieren und diese mit Etiketten zu versehen. Unser Anliegen ist vielmehr, die Aufmerksamkeit auf die Vielfalt von Erscheinungsformen produktionsorientierten Lernens in Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu lenken und auf die Breite der vorliegenden Erfahrungen.

Könnte diese Offenheit dazu beitragen, dass wir uns nicht hinter Begrifflichkeiten verbarrikadieren und dabei das Rad neu erfinden, so ist dies eine durchaus erwünschte Nebenwirkung.

Wir wollen im Folgenden unser Thema in drei Abschnitten behandeln:

1) Wir wollen erstens auf die vielfältigen Vorgeschichten von derzeit praktizierten Ansätzen der Verbindung von Arbeit und Lernen in Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen eingehen. Das geschieht nicht in akademischer Absicht. Das Wissen über Vorgeschichten erleichtert es, vielfältige Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen und zu nutzen.
2) Wir wollen zweitens zentrale Anforderungen an produktionsorientiertes Lernen in unterschiedlichen Bereichen des Bildungs- und Ausbildungssystems skizzieren, und zwar in folgenden Bereichen:

    - In den allgemein bildenden Schulen,
    - in der zwischen Schule und Berufsausbildung angesiedelten Berufsvorbereitung,
    - in der beruflichen Erstausbildung in außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen,
    - in Produktionsschulen.
3) Abschließend wollen wir nach möglichen Perspektiven des produktionsorientierten Lernens im Übergang Schule/Beruf vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen im Bildungs- und Ausbildungssystem fragen. Wir wollen nicht so sehr der Frage nachgehen, ob das produktionsorientierte Lernen eher eine Zukunft in unserem großen Reparaturbetrieb zur Beseitigung der Schäden hat, die unsere Regelsysteme zumindest bei einem Teil der jungen Generation anrichten. Uns interessiert insbesondere die Zukunft des produktionsorientierte Lernens in unseren Regelsystemen selbst.

Vorgeschichten

Wir wollen, wie angekündigt, in einem ersten Schritt auf die vielfältigen Vorgeschichten unserer aktuellen Modelle und Konzepte für produktionsorientiertes Lernen im Übergang Schule/Beruf eingehen

Spricht man von den historischen Wurzeln des produktionsorientierten Lernens, so fallen insbesondere die Namen von Reformpädagoginnen und -pädagogen der Weimarer Zeit und es wird auf die von ihnen initiierten und durchgeführten Schulversuche verwiesen. Der Hinweis auf diese historischen Vorläufer ist absolut berechtigt. Überraschenderweise bleiben die später in der Bundesrepublik an diese Schulversuche anknüpfenden Vorläufer aktueller Konzepte eines produktionsorientierten Lernens im Übergang Schule/Beruf ebenso meist unbeachtet wie die Konzeptionen der polytechnischen Bildung und Erziehung in der DDR. So gewinnt man leicht den Eindruck, als wäre zwischen der Weimarer Zeit und der Entdeckung der dänischen Produktionsschulen in diesem Felde nichts passiert. Dabei gibt es vielfältige Vorgeschichten und Erfahrungen, auf die aktuelle Initiativen und Diskussionen zum produktionsorientierten Lernen zurückgreifen können. Darum ist es uns ein Anliegen, einige dieser Vorgeschichten kurz zu skizzieren:

Im Herbst 1976 hat das Bundesinstitut für Berufsbildung, damals noch in Berlin, einen Experten-Workshop zu Fragen der beruflichen Qualifizierung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag durchgeführt. Der Workshop stand vor dem Hintergrund des in der ersten Hälfte der 70er Jahre manifest werdenden Lehrstellenmangels und des schnellen Anstiegs der Jugendarbeitslosigkeit auf ein bis dahin in der Bundesrepublik seit einigen Jahrzehnten nicht mehr gekanntes Niveau.

Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit warfen die Frage auf: Was tun mit der großen Zahl der Jugendlichen, die nach Abschluss des Besuchs von Haupt- und Realschulen keinen Ausbildungsplatz fanden und auch nicht, wie es bis dahin z.T. als Alternative erschien, als ungelernte Arbeitskräfte in den Betrieben unterkamen?

Das bis dahin praktizierte Modell der Beschulung arbeitsloser oder ungelernter Jugendlicher in Jungarbeiterklassen, die von den noch berufsschulpflichtigen jungen Ungelernten an einem Tag in der Woche besucht wurden, hatte plötzlich keine Grundlage mehr.

Nicht dass sich dieses Modell der Jungarbeiterklassen überhaupt großer Beliebtheit erfreut hätte: Die Betriebe lehnten es ab, weil die Jugendlichen an einem Tag in der Woche nicht am Arbeitsplatz waren. Die Jugendlichen waren eher verdrossen, weil der Sinn des Ganzen ihnen nicht einleuchtete. Und die Lehrkräfte plagten sich mit entsprechend unmotivierten Schülerinnen und Schülern und dem Fehlen plausibler didaktischer Konzeptionen für eine Situation, der der Berufsbezug als strukturierendes Element fehlte.

Diese historische Situation war die Geburtsstunde der breiten Einführung eines schulischen Berufsvorbereitungsjahres. Das Berufsvorbereitungsjahr wurde innerhalb weniger Jahre in fast allen Bundesländern zu einem Pflichtschuljahr für die Jugendlichen, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz fanden. Fanden sie auch nach dem Berufsvorbereitungsjahr keinen Ausbildungsplatz, so hatten sie ihre Berufsschulpflicht abgeleistet. Das befreite die Betriebe vom ungeliebten wöchentlichen Berufsschultag. Das wiederum sollte die Jugendarbeitslosigkeit verringern, weil ohne Berufsschulpflicht – so die Erwartung - Jugendliche als ungelernte Arbeitskräfte besser vermittelbar würden.

Damit war aber die schon in den Jungarbeiterklassen ungelöste Frage nach einem curricularen und didaktischen Konzept für das neue Vollzeitpflichtschuljahr an berufsbildenden Schulen nicht beantwortet.

Dazu stellte 1976 auf dem Workshop des Bundesinstituts für Berufsbildung ein junger Berufspädagoge aus Niedersachsen, Horst Biermann, eine Konzeption vor, die auf Erfahrungen der Jungarbeiterbeschulung in Vollzeitschuljahren in Bremen beruhte. Biermanns Konzept lautete: Die Jugendlichen sollten in den Werkstätten berufsbildender Schulen in einem betriebsähnlichen Arrangement in einem Berufsfeld ihrer Wahl Produkte und Dienstleistungen für reale Kunden und Märkte erarbeiten und vertreiben. Das würde sie motivieren und befähigen, anschließend eine vollwertige Berufsausbildung zu absolvieren. Biermann berief sich dabei auf die Bremer Erfahrungen, auf Konzepte der Reformpädagogik der Weimarer Zeit und Entwicklungsarbeiten an der Universität Hannover. Er nannte sein Modell „Produktionsschule“.

Die Bezeichnung war übrigens bald wieder vergessen. Möglicherweise war sie angesichts der ideologischen Berührungsängste in der damaligen bildungspolitischen Diskussion auch eine Provokation. Das Konzept selbst allerdings hat Eingang in die berufsbildenden Schulen vieler Bundesländer gefunden, insbesondere in den Stadtstaaten, aber auch in Ländern wie Bayern und später auch in Mecklenburg-Vorpommern . Die vielfältigen Erfahrungen, die mit diesem Ansatz an berufsbildenden Schulen gewonnen wurden und noch immer werden, wurden aber weder von der Berufspädagogik noch von der Jugendsozialarbeit systematisch zur Kenntnis genommen. Selbst die aktuelle Literatur zu Produktionsschulen nimmt diese Erfahrungen nur sehr partiell wahr.

Eine zweite Vorgeschichte:
Im Jahre 1995 hat die Robert Bosch-Stiftung unter dem Titel „Jugendhilfe und Arbeitsförderung“ eine Auswertung zu Projekten einer betriebsförmigen Förderung von arbeits- und berufslosen Jugendlichen publiziert, die über einige Jahre hinweg von der Stiftung mitfinanziert worden waren.

Eine von der Stiftung berufene Expertenkommission empfahl, die Förderleistungen solcher „Jugendberufshilfebetriebe“, so die damalige Bezeichnung, durch eine Bündelung von Fördermitteln verschiedener Herkunft in lokalen „Finanzierungspools“ auf sichere Grundlagen zu stellen, eine Empfehlung, die angesichts des fortdauernden Finanzierungschaos bei den Leistungen für arbeitslose und berufslose Jugendliche nach wie vor hoch aktuell ist.

Die historischen Vorläufer der von der Bosch-Stiftung finanzierten und untersuchten Jugendberufshilfebetriebe waren übrigens in vielen Fällen sogenannte „selbst verwaltete Betriebe“, ein Produkt der 68er-Phase, selbst wenn manche Akteure daran heute nicht gern erinnert werden. Initiatoren waren in vielen Fällen hoch qualifizierte Fachkräfte, Berufsschullehrerinnen und -lehrer, Ingenieurinnen und Ingenieure, Architektinnen und Architekten, Facharbeiterinnen und Facharbeiter, bei denen sich ein Anspruch, „anders arbeiten zu wollen“, mit sozialpolitischem und pädagogischen Engagement für bildungsbenachteiligte Jugendliche verband.

Die Konzeptionen und Erfahrungen der Jugendberufshilfebetriebe, wir haben am DJI das Wortungetüm damals zu entschärfen versucht, indem wir von „Jugendhilfebetrieben“

sprachen, haben im breiten Umfang Eingang in Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene gefunden.

Eine wichtige Angebotsform waren Verbindungen von Qualifizierung und Beschäftigung, durch die langzeitarbeitslose junge Erwachsene an eine systematische Qualifizierung herangeführt werden sollten. Ein längerfristiges Ziel war, die jungen Leute durch Kombinationen von Maßnahmen auf die Externenprüfungen als Facharbeiter vorzubereiten, ihnen also den Erwerb anerkannter Abschlüsse zu ermöglichten.

Finanzierungsformen dafür waren damals Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit und „Arbeit statt Sozialhilfe“. Eine wichtige Einsicht in dieser Zeit war, dass Beschäftigungsverhältnisse arbeits- und sozialversicherungspflichtig sein mussten, wollte man die zu fördernden Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch in ihrer Rolle als Arbeitskräfte ernst nehmen. Diese Einsicht wurde übrigens bei der Umsetzung von Hartz IV nicht aufgegriffen: Arbeitsgelegenheiten, in der „versicherungspflichtigen Entgeltvariante“ haben absoluten Ausnahmecharakter. Welche Folgen das SGB II darüber hinaus für eine davor gut entwickelte Praxis hatte, junge Erwachsene in Jugendhilfebetrieben durch eine Verbindung von Qualifizierung und Beschäftigung mit Ernstcharakter wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen, wäre im übrigen ein spannendes Untersuchungsthema.

Eine weitere Vorgeschichte des produktionsorientierten Lernens begann mit dem Ende der DDR und dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik. Dort waren mit der Abwicklung der alten Kombinate quasi über Nacht die Möglichkeiten der betrieblichen Berufsausbildung weitgehend verschwunden. Der Aufbau neuer Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe, die Ausbildungsplätze würden anbieten können, ging nur langsam voran. Viele Regionen hatten ihre wirtschaftlichen Grundlagen verloren.

In dieser Situation entstanden in einer Reihe von ostdeutschen Regionen Initiativen, die in Westdeutschland entwickelte Traditionen der außerbetrieblichen aber betriebsförmigen Ausbildung mit der Kompetenz und den Erfahrungen ostdeutscher pädagogischer Fachkräfte und dem Engagement für die wirtschaftliche Wiederbelebung ihrer Heimatregionen verbanden.

Die Ausbildung in Berufen des Hotel- und Gaststättengewerbes z.B. wurde verbunden mit Initiativen zur Revitalisierung des Tourismus in Ostsachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen für die Jugendlichen waren gleichzeitig Ausbildungsrestaurants, Ferienhotels und Tagungsstätten, die Impulse für gemeinsame Initiativen und Kooperationen der entsprechenden Akteure in der Region gaben.

Außerbetriebliche Ausbildungseinrichtungen in Berufen des Bauhaupt- und -nebengewerbes engagierten sich in der Denkmalpflege und leisteten wichtige Beiträge zum Erhalt und zur Nutzung von zwar denkmalgeschützten, aber gleichzeitig vom Verfall bedrohten Gebäuden. Diese Kombination von Initiativen sorgte einerseits dafür, dass außerbetriebliche Ausbildung nicht zur praxisfernen Trockenübung wurde. Andererseits leistete sie Beiträge zur Entwicklung der regionalen Infrastruktur und zur Bindung der Jugendlichen an ihre Heimatregionen.

Dringend aufklärungsbedürftig scheint mir die Zeitgeschichte der Schülerfirmen. In der Literatur klafft zwischen den historischen Vorläufern der Weimarer Zeit und den Initiativen

der Verbände der Wirtschaft in der Bundesrepublik, durch Schülerfirmen das ökonomische Lernen an Gymnasien zu verbessern, eine große Lücke.

Aus der eigenen Biographie wissen wir, dass Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihren Lehrkräften im Berliner Bezirk Neukölln im Rahmen des regulären Unterrichts bis in die sechziger Jahre hinein große Gartenbauflächen bewirtschafteten. Im Berliner Stadtteil Tegel lag die Schulfarm Scharfenberg deren Schüler durch Hausarbeit, handwerkliche und landwirtschaftliche Arbeit sich zu hohen Anteilen selbst mit lebensnotwendigen Gütern und Leistungen versorgten. Hätten solche Traditionen nicht fortgelebt und wären Konzepte und Kompetenzen nicht weiter entwickelt worden, so wäre die Breite und Kompetenz kaum nachvollziehbar, mit der Schülerfirmen an Haupt- und Förderschulen derzeit implementiert werden.

Es ist sicher ein gutes Zeichen für das Zusammenwachsen Europas, dass mit dem Modell der Produktionsschulen ein in Dänemark entwickeltes und umgesetztes Konzept einen so prominenten Stellenwert in unseren Fachdiskussionen erhalten hat. Als ein besonderes Merkmal dieses Ansatzes sehen wir, dass den jungen Leuten ein ganzer Baukasten von Möglichkeiten geboten wird, entsprechend den eigenen Voraussetzungen und Zielen Arbeiten und Lernen in unterschiedlichsten Feldern zu kombinieren. Dieses Modell konnte sich in Dänemark entwickeln, weil es dafür eine stabile institutionelle und ökonomische Basis gab. Von solchen Rahmenbedingungen können Produktionsschulen in Deutschland in der Regel nur träumen. Das ist sicher auch ein Grund dafür, dass nicht alles, was in Deutschland sich auf das dänische Vorbild beruft, sich diesem Vorbild auch nur annähert.

Zum Abschluss dieses Abschnittes möchten wir kurz auf einen gar nicht so entfernten Verwandten des Jugendhilfebetriebs eingehen, der sehr erfolgreich Arbeit und Qualifizierung für am Arbeitsmarkt benachteiligte und ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtige Personen verbindet, dessen Erfahrungen jedoch von der Pädagogik kaum zur Kenntnis genommen werden. Die Rede ist von Integrationsfirmen oder Selbsthilfefirmen zur qualifizierenden Beschäftigung von Behinderten Von denen sind innerhalb eines Zeitraumes von 20 Jahren in Deutschland über 200 entstanden. Es sind vor allem Klein- und Mittelbetriebe, die über ein Vielfaches ihrer Pflichtquote hinaus Behinderten Arbeitsplätze mit Qualifizierungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen.

Integrationsfirmen sind häufig als gemeinnützige GmbH oder als Zweckbetrieb eines eingetragenen gemeinnützigen Vereins organisiert. Charakteristisch für sie ist eine gemischte Belegschaftsstruktur, in der Behinderte und Nicht-Behinderte gemeinsam arbeiten. In drei von vier Fällen nehmen Integrationsfirmen nur solche öffentlichen Mittel in Anspruch, die auch Betriebe bei der Beschäftigung Behinderter in Anspruch nehmen. Für einen Teil ihrer behinderten Beschäftigten stellen Integrationsfirmen ein Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt dar. Was Integrationsfirmen allerdings von Jugendhilfebetrieben unterscheidet, ist, dass ihre Leistungen auf der Grundlage einer bundesweit einheitlichen gesetzlichen Regelung gefördert werden. Das enthebt sie nicht der Notwendigkeit, auch wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Hinsichtlich der Förderung ihrer Leistungen zur beruflichen Integration durch öffentliche Mittel gibt es für sie jedoch einen klaren Planungsrahmen.

Der Blick auf die Vorgeschichten unterschiedlicher Bereiche und Konzepte produktionsorientierten Lernens belegt aus unserer Sicht zweierlei:

1. Trotz gemeinsamer Wurzeln sind diese Vorgeschichten in vielen Fällen parallel verlaufen. Die Möglichkeiten des Lernens voneinander und miteinander wurden nur selten genutzt. Erfahrungen und Entwicklungen in anderen Bereichen wurden nur selten zur Kenntnis genommen.
2. Aus dieser Diagnose leiten wir ab, dass der fachliche Austausch zwischen den verschiedenen Formen produktionsorientierten Lernens unbedingt verbessert werden muss. Schülerfirmen, Jugendhilfebetriebe und Produktionsschulen können voneinander lernen. Sie sollten den breiten Erfahrungshintergrund der jeweils anderen Angebotsformen zur Kenntnis nehmen. Die Durchführung dieser Fachveranstaltung stellt dazu einen ersten Versuch dar. Wir wünschen uns, dass Sie hier nicht nur im eigenen vertrauten Kreis diskutieren, sondern auch das Gespräch mit Fachkräften aus anderen Feldern und mit anderen Erfahrungshintergründen suchen.

Zentrale Anforderungen an produktionsorientiertes Lernen im Übergang Schule – Beruf

Eine Gemeinsamkeit der auf dieser Veranstaltung vorgestellten Ansätze produktionsorientierten Lernens ist, dass sie mit Dienstleistungen und Produkten „an den Markt gehen“, und dass diese Dienstleistungen und Produkte von „Arbeitskräften“ erbracht bzw. produziert werden, die nach gängigen Kriterien als zumindest teilweise leistungsgemindert oder noch leistungsgemindert gelten.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal ist, dass Arbeiten und Lernen so verbunden werden, dass die Jugendlichen letztendlich dem Ziel eines Abschlusses einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf näherkommen bzw. dieses Ziel erreichen. Für die einzelnen Abschnitte des Bildungs- und Ausbildungssystems ergeben sich daraus teils gemeinsame, teils unterschiedliche praktische und konzeptionelle Herausforderungen. Diese wollen wir im Folgenden skizzieren:

Schülerfirmen an Haupt- und Förderschulen stehen vor der Herausforderung, ihre Schülerinnen und Schüler auf eine höchst schwierige Übergangssituation am Ende des Pflichtschulbesuches vorzubereiten. Auch wenn in diesem Jahr eine leichte Verbesserung der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt erwartet wird, so sind fast überall die Relationen von Angebot und Nachfrage so ungünstig, dass Absolventinnen und Absolventen von Haupt- und Förderschulen nur relativ geringe Chancen haben, im unmittelbaren Anschluss an den Besuch der Schule in eine betriebliche Berufsausbildung einzumünden.

Das bedeutet für die Jugendlichen:

- Sie müssen große Anstrengungen unternehmen, einen möglichst guten Schulabschluss zu erwerben, wohl wissend, dass dieser den Zugang zur Berufsausbildung nicht garantiert.
- Sie müssen bei ihren Bewerbungsaktivitäten Enttäuschungen und Niederlagen hinnehmen und verkraften.
- Sie müssen eine Balance darin finden, einerseits ihre Pläne den Bedingungen anzupassen, andererseits an längerfristigen Zielen festzuhalten.

Daraus lassen sich an Schülerfirmen so zahlreiche Zielsetzungen ableiten, dass man aufpassen muss, diese nicht mit Erwartungen zu überfrachten:

- Ein zentrales Ziel ist, die Jugendlichen dabei zu unterstützen, einen möglichst guten Schulabschluss oder auch überhaupt nur einen Schulabschluss zu erwerben. Schülerfirmen können dazu beitragen, indem sie die Motivation der Jugendlichen stärken, indem sie zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung beitragen, indem sie aber auch praktische Anwendungsbereiche für das in anderen Unterrichtsfächern zu lernende darstellen und so den Erfolg des Fachunterrichts in Fächern wie Mathematik und Deutsch unterstützen.
- Schülerfirmen können Jugendliche auf betriebliche Anforderungen vorbereiten. Im Betrieb geforderte Verhaltensweisen, Einstellungen und Routinen werden nicht als abstrakte „Arbeitstugenden“, sondern in ihrer Funktionalität für betriebliche Abläufe erfahren. Die Jugendlichen eignen sich darüber hinaus Grundbegriffe des betriebswirtschaftlichen Denkens an. Sie lernen den Umgang mit Kunden. Sie bekommen erste Einblicke in die Logik von Produktionsprozessen.
- Schülerfirmen können Zugänge zu Betrieben eröffnen. Schüler erwerben Kontakte zu Betrieben, die als Lieferanten, Kunden und Sponsoren der Schülerfirma auftreten. Sie entwickeln Verhaltensstrategien, die ihre Chancen bei Bewerbungen um Praktikumsplätze und Ausbildungsplätze verbessern. Sie lernen ihre Kompetenzen und Stärken darzustellen.

Dies ist zweifellos ein ehrgeiziges Programm, das sicher nicht am Anfang der Gründung einer Schülerfirma stehen kann, soll dieses Vorhaben nicht durch Überforderung von vornherein zum Scheitern verurteilt werden. Mittelfristig wird es aber darauf ankommen, die Einrichtung und Gestaltung von Schülerfirmen an Haupt- und Förderschulen als Teil eines Prozesses der Schulentwicklung zu gestalten, bei der die Schülerfirma nicht das Ergebnis eines individuellen Engagement einzelner Lehrkräfte darstellt, sondern Teil eines Schulprogramms ist, das mit einem umfassenden und integrierten Ansatz Arbeiten und Lernen zum Zweck einer umfassenden Bildung der Schülerinnen und Schüler verbindet.

Höchst anspruchsvoll sind auch die Herausforderungen, mit denen sich berufsbildende Schulen konfrontiert sehen, wenn sie Verfahren des produktionsorientierten Lernens implementieren, um die Förderung von Schülerinnen und Schülern im Berufsvorbereitungsjahr zu verbessern.

Das Berufsvorbereitungsjahr ist auf den ersten Blick als Brücke zwischen Schule und Berufsausbildung – so sollte man meinen – ein für Jugendliche durchaus attraktives Bildungsangebot. Allerdings sind die Rahmenbedingungen für eine effektive Förderung im Berufsvorbereitungsjahr eher schwierig:

- Die Vorgeschichten der Schülerinnen und Schüler im Berufsvorbereitungsjahr sind in vielen Fällen durch Misserfolge und Erfahrungen des Scheiterns geprägt. Zum Teil haben sie die Hauptschule besucht, ohne dass es ihnen gelungen ist, den Hauptschulabschluss zu erwerben. In der Regel wollten sie nach der Hauptschule eine Ausbildung beginnen, haben aber keinen Ausbildungsplatz gefunden. Zum Teil wollten sie weiter zur Schule gehen, brachten dafür aber nicht die Voraussetzungen mit. Das Berufsvorbereitungsjahr besuchen sie, weil Alternativen fehlen oder weil es für sie ein Pflichtschuljahr ist. Sie betrachten es häufig als Notlösung, selbst wenn sie erst einmal froh sind, nicht auf der Straße zu stehen.
- Umso dringender stellt sich für die Jugendlichen die Frage, wie es nach dem Berufsvorbereitungsjahr weitergeht. Verbessern sie ihre Aussichten, eine Berufsausbildung zu beginnen? Einerseits können im Berufsvorbereitungsjahr gezielt Wissenslücken beseitigt werden. In den Werkstätten, die es fast überall gibt, können berufliche Fertigkeiten erworben werden. Problematisch ist allerdings, dass sich im Berufsvorbereitungsjahr diejenigen konzentrieren, die es nicht geschafft haben. Es wird weiter „Schule gemacht“ mit denjenigen, die mit der Schule nur Erinnerungen an Misserfolge verbinden. Und Ausbildungsbetriebe nehmen lieber Bewerberinnen und Bewerber, die frisch von der Schule kommen, als Jugendliche aus einer vermeintlichen oder tatsächlichen Warteschleife.

Ein Berufsvorbereitungsjahr, das betriebsförmig organisiert ist, kann hier Lösungen anbieten. Durch Lernen in Situationen mit Ernstcharakter können diese Jugendlichen motiviert werden. Durch Anforderungen, in denen Ernsthaftigkeit nicht simuliert ist, sondern real gegeben, können auch schulmüde Jugendliche wieder für systematisches Lernen gewonnen werden. Und sie können dabei Kompetenzen erwerben, die Ausbildungsbetriebe von Bewerberinnen und Bewerbern für Ausbildungsplätze erwarten.

Ein betriebsförmig oder betriebsähnlich organisiertes Berufsvorbereitungsjahr ist dabei mit zwei Anforderungen konfrontiert, die sich nicht ohne weiteres vereinbaren lassen:

Eine Anforderung ist, den Jugendlichen, die ohne Schulabschluss ins Berufsvorbereitungsjahr gekommen sind, die Möglichkeit zu geben, diesen zu erwerben. In einigen Bundesländern wird der Hauptschulabschluss bei erfolgreicher Teilnahme am Berufsvorbereitungsjahr erworben. In anderen Bundesländern muss eine Prüfung bestanden werden.

Grundsätzlich ist es sicher möglich, produktive Arbeit auch mit der systematischen Vorbereitung auf eine Prüfung zu verbinden, deren Inhalte sich aus Lehrplänen ableiten lassen. Aber dies ist ein so anspruchsvolles Programm, dass aus praktischen Gründen produktionsorientiertes Lernen und Lernen zur Vorbereitung auf die Prüfung in vielen Fällen getrennt werden. Dies ist kein befriedigender, aber ein nachvollziehbarer Kompromiss. Wichtig ist zu beachten, dass nicht nur aus der Sicht von Ausbildungsbetrieben ein Schulabschluss ein ganz wichtiges Kriterium ist. Auch Jugendliche messen dem Erwerb von Schulabschlüssen eine hohe Bedeutung zu. Kommt der Erwerb des Schulabschlusses in greifbare Nähe, so kann für die Jugendlichen davon eine große motivierende Wirkung ausgehen.

Noch wichtiger aber ist, dass es gelingt, den Jugendlichen zu vermitteln, dass sie reale Chancen haben, nach Ende des Berufsvorbereitungsjahres einen Ausbildungsplatz zu finden. Gelingt dies nämlich nicht, so droht dem Berufsvorbereitungsjahr eine Negativspirale: Weil die Jugendlichen erkennen, dass sie keine Chancen haben, sind sie im Berufsvorbereitungsjahr unmotiviert. Weil sie unmotiviert und perspektivlos sind, gelingt es nicht, ihre Chancen zu verbessern.

Betriebspraktika stellen für Jugendliche im schulischen Berufsvorbereitungsjahr den Schlüssel für den Zugang zu einer betrieblichen Berufsausbildung dar. Zwar garantieren solche Praktika keineswegs, dass ein Ausbildungsplatz gefunden wird. Ohne erfolgreiche Praktika – erfolgreich in dem Sinne, dass sie aus Sicht sowohl der Betriebe als auch der Jugendlichen gelungen sind – sind die Chancen von Absolventinnen und Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres, Zugang zu einer betrieblichen Berufsausbildung zu finden, gering.

Insofern darf ein betriebsförmig oder betriebsähnlich organisiertes Berufsvorbereitungsjahr sich nicht selbstzufrieden auf die eigene Konzeption zurückziehen. Es darf sich nicht darauf beschränken, Jugendliche durch die Verbindung von Arbeiten und Lernen auf die betriebliche Situation vorzubereiten. Es muss sich durch Kooperationen gegenüber Betrieben in der Weise öffnen, dass im Praktikum Betrieb und Jugendliche systematisch die Frage überprüfen können, ob der Abschluss eines Ausbildungsvertrages für beide Seiten eine gute Perspektive darstellt. Wenn Betriebe anerkennen, dass im Berufsvorbereitungsjahr nicht nur berufliche Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse erworben werden, sondern auch eine umfassende Vorbereitung auf betriebliche Anforderungen stattfindet, dann verbessern sich die Chancen von Absolventinnen und Absolventen, tatsächlich auch Zugang zum Betrieb zu finden.

Für die pädagogischen Fachkräfte im Berufsvorbereitungsjahr bedeutet dies eine Veränderung der Perspektive: Es geht nicht nur um die Kompetenzen, die die Jugendlichen erwerben und die Abschlüsse, die sie erreichen. Es geht nicht zuletzt auch um Anschlüsse. Das erfordert auch, dass die Beratung und Begleitung der Jugendlichen nicht mit Ende des Schuljahres endet, sondern fortgeführt wird, bis ein guter Anschluss erreicht ist.

Die außerbetriebliche Ausbildung – die Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen, wie es korrekt heißt – wird im Vergleich zur betrieblichen Ausbildung von Jugendlichen wie von Betrieben nicht selten als Angebot zweiter Wahl eingeschätzt.

Diese skeptische Einschätzung möchte ich relativieren:

- Die Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen ist in der Regel systematischer und umfassender angelegt, als Klein- und Kleinstbetriebe dies leisten können.
- Allerdings charakterisieren Betriebe die fachpraktische Ausbildung außerbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen häufig als „Trockenübungen“. Und Jugendliche erleben den Wechsel von der außerbetrieblichen Ausbildung in einen privatwirtschaftlichen Betrieb häufig als Praxisschock.

Dem kann begegnet werden, wenn in Jugendhilfebetrieben oder Produktionsschulen, die in anerkannten Ausbildungsberufen ausbilden, Dienstleistungen erbracht und Güter produziert werden, die Abnehmer finden müssen.

- Eine Herausforderung liegt darin, Aufträge und Ausbildungsabläufe so zu synchronisieren, dass die Kunden zufrieden sind und auf Seiten der Auszubildenden Kompetenzen systematisch aufeinander aufbauen.

- Eine zweite Herausforderung liegt darin, die Jugendlichen einerseits mit „harten“ Anforderungen zu konfrontieren, andererseits sicher zu stellen, dass dabei nicht gerade diejenigen auf der Strecke bleiben, die eigentlich Zielgruppe einer außerbetrieblichen Ausbildung sind: Jugendliche mit Lernbeeinträchtigungen und/oder schweren sozialen Benachteiligungen.

Eine Lösung liegt im Aufbau „gemischter Belegschaften“, wie dies in Integrationsbetrieben zur beruflichen Integration von Behinderten praktiziert wird. Wenn sich Belegschaften aus sowohl leistungsgeminderten Personen als auch „Leistungsträgern“ zusammensetzen, so entstehen Spielräume für eine lernfördernde Arbeitsorganisation. Wobei diese Arbeitsorganisation nicht so aussehen darf, dass die einen die anspruchsvolle Arbeit leisten, und die anderen nur zuschauen dürfen.

Eine zweite, nicht ganz einfache Lösung liegt in einer Einbindung von Jugendhilfebetrieben oder Produktionsschulen ins Gemeinwesen: Kunden, kooperierende Betriebe und die Öffentlichkeit müssen den Beitrag anerkennen, den der Jugendhilfebetrieb, den die Produktionsschule zur beruflichen Integration der jungen Generation leistet. Sie müssen dies honorieren, indem sie der Tatsache Rechnung tragen, dass die Jugendlichen noch mitten in wichtigen Lern- und Entwicklungsprozessen stehen. Sie dürfen dabei aber nicht ihre Erwartungen im Hinblick auf die zu erreichenden Qualitätsstandards soweit reduzieren, dass den Jugendlichen der Realitätsbezug verloren geht.

Perspektiven des produktionsorientierten Lernens
Wir beobachten im Übergang Schule/Beruf zur Zeit Entwicklungen, die als „Dualisierung“ der verschiedenen diesen Übergang umfassenden Bildungsabschnitte bezeichnet werden:

In den letzten Schuljahren der Hauptschule wird Unterricht zunehmend mit betrieblichen Langzeitpraktika kombiniert, durch die einerseits eine bessere Vorbereitung auf Anforderungen einer betrieblichen Berufsausbildung und sogenannte „Klebeeffekte“ erwartet werden. Andererseits verspricht man sich durch das Lernen im Betrieb positive Auswirkungen auf die Motivation und die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen. Schließlich gibt es auch Initiativen, praktische Erfahrungen im Betrieb mit dem Unterricht in Fächern wie Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen so zu verbinden, dass durch sichtbare Anwendungsbezüge in der Praxis auch die Aneignung theoretischer Inhalte verbessert wird.

Bisher konzentrieren sich solche Initiativen auf die Zielgruppen von Schülerinnen und Schülern, für die sich wegen ihrer vorgängigen Schulkarrieren der Übergang in Ausbildung als besonders schwierig darstellt (Stichwort: Praxisklassen). Es gibt aber auch Überlegungen, Konzepte der Dualisierung der Hauptschule generell einzuführen.

Auch bei der zwischen Schule und Berufsausbildung angesiedelten Berufsvorbereitung ist das Konzept der Dualisierung inzwischen angekommen. Dies gilt bereits seit längerem für die berufsvorbereitenden Bildungsangebote der Bundesagentur für Arbeit, für die die Teilnahme an Betriebspraktika Standard ist. Entsprechendes gilt auch für Bundes- und Landesmodellprogramme zur schulischen Berufsvorbereitung. Mit der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes wird eine betriebliche Berufsausbildungsvorbereitung explizit als Bestandteil von Berufsausbildung anerkannt. Und mit der Einstiegsqualifizierung ist eine ausdrücklich betriebliche Form der Berufsvorbereitung etabliert worden.

Für die berufliche Erstausbildung haben wir uns am Deutschen Jugendinstitut stark dafür engagiert, Betriebe für die Ausbildung auch von benachteiligten Jugendlichen wieder zu gewinnen. Entsprechende Anregungen wurden im Bundesprogramm Jobstarter aufgegriffen, indem Konzepte der Ausbildungsassistenz und des externen Ausbildungsmanagements in das Programm eingeführt wurden.

In der außerbetrieblichen Ausbildung ist das Absolvieren von Betriebspraktika als Teil der fachpraktischen Ausbildung seit Langem eine Selbstverständlichkeit.

Überall wird beschworen, welche Bedeutung Betriebe des ersten Arbeitsmarktes für den Erwerb praktischer Erfahrungen von Jugendlichen im Arbeitsleben haben, insbesondere auch von benachteiligten oder leistungsbeeinträchtigten Jugendlichen. Gibt es vor diesem Hintergrund noch einen Bedarf für produktionsorientiertes Lernen in Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen? Benötigen wir auch zukünftig Schülerfirmen, Produktionsschulen, Jugendhilfebetriebe? Oder werden zukünftig Betriebe der ausschließliche Ort sein, wo „Arbeit stattfindet“, die in Bildungseinrichtungen mit Lernen verknüpft werden muss?

Wir betrachten die aktuelle pädagogische und bildungspolitische Diskussion zu dieser Frage als zwiespältig. Einerseits werden große Erwartungen an den Lernort Betrieb gerichtet:

- Die Kooperation von Schulen und Betrieben soll den Berufsbezug von Haupt- und Förderschulen stärken. Beitragen dazu sollen auch betriebliche Langzeitpraktika.
- Betriebspraktika sollen helfen, die Berufsvorbereitung zu dualisieren.
- Durch höhere Anteile von Betriebspraktika soll Jugendlichen in schulischen Ausbildungsgängen der Zugang zur Kammerprüfung und damit zu Abschlüssen nach Berufsbildungsgesetz eröffnet werden.
- Und schließlich gibt es doch die Hoffnung, dass nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung auch die Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen zunehmend wieder in Betrieben stattfindet.

Die Erwartungen an die Betriebe sind also groß. Eine wachsende Zahl von Bildungsgängen baut darauf, durch die Integration von in den Betrieben absolvierten Ausbildungsanteilen für ihre Bildungs- und Ausbildungsgänge den Praxis- und Realitätsbezug herzustellen, den sie selbst nicht bieten können.

Nun wissen wir nicht, wo die Obergrenze liegt für das Volumen an Lern- und Praxismöglichkeiten für Jugendliche in Betrieben. Das Volumen solcher Lernmöglichkeiten kann gesteigert werden, wenn entsprechende Interessen der Betriebe mobilisiert werden können: Etwa Interessen an der Rekrutierung von Nachwuchs, Interessen an einer guten Außendarstellung, aber auch ein bildungs- und sozialpolitisches Engagement von Betrieben.

Allerdings muss auch mit Verdrängungseffekten gerechnet werden: Praktikumsplätze für außerbetrieblich Ausgebildete und Schüler an beruflichen Vollzeitschulen können zu Lasten gehen von Praktikumsplätzen für Schülerinnen und Schüler im Berufsvorbereitungsjahr, letztere wiederum zu Lasten von Praktikumsplätzen für Hauptschüler oder Förderschüler.

Die Erwartung, Einrichtungen des Bildungs- und Ausbildungssystems könnten Anforderungen an eine engere Verbindung von Praxis und Theorie, von Arbeiten und Lernen in der Weise externalisieren, dass die Praxisanteile generell und ausschließlich durch privatwirtschaftliche Betriebe abgedeckt werden, trügerisch.

Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen werden nicht nur weiterhin sondern wahrscheinlich auch zunehmend mit der Anforderung konfrontiert sein, Theorie-Praxis-Bezüge herzustellen. Dabei werden intelligente Formen der Kooperation mit privatwirtschaftlichen Betrieben eine wichtige Rolle spielen. Aber Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen müssen auch ihre eigenen Bildungs- und Ausbildungsangebote so organisieren, dass ein solcher Bezug gelingt.

Es wird also weiterhin einen hohen Bedarf geben, die Arbeit in die Pädagogik zu bringen, Arbeiten und Lernen in Schulen, berufsbildenden Schulen und Ausbildungseinrichtungen zu verbinden. Wahrscheinlich wird diese Entwicklung über die betriebsähnliche und betriebsförmige Gestaltung von Bildungs- und Ausbildungsgängen hinausgehen. Wohin die Richtung gehen kann, zeigen die von der Hertie-Stiftung, der Bosch-Stiftung und der BDA mit dem Hauptschulpreis ausgezeichneten Schulen. Sie setzen auf eine individualisierte Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler, sie holen das Arbeitsleben in die Schule und schicken ihre Schülerinnen und Schüler hinaus ins Arbeitsleben. Sie engagieren sich im künstlerischen und kulturellen Bereich. Sie fördern ehrenamtliches Engagement und orientieren sich an Zielen wie Solidarität, Schutz der Umwelt und einem guten Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Sie holen das Leben in die Schule und schicken die Jugendlichen hinaus ist Leben mit seinen vielfältigen Lernpotenzialen.

Arbeit wird also auch zukünftig zum Lernen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen gehören. Aber im Theorie-Praxis-Bezug von Lernen wird Praxis sich nicht auf Arbeit reduzieren. Aber das ist wieder ein neues Thema.